

201 461 Euro – wofür eigentlich?

Sportangebote Die Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt muss erklären, wie sie Mittel zur Flüchtlingshilfe eingesetzt hat

Nach einem Streit mit der Stadt Frankfurt hat der Awo-Kreisverband seine Asylbewerberheime aufgegeben. Es ging um finanzielle Ungerechtigkeiten. Nun werden neue Details bekannt.

VON DANIEL GRÄBER

Frankfurt. Der Frankfurter Verband der Arbeiterwohlfahrt (Awo) kümmerte sich laut eigenen Angaben umfassend um die in seinen Heimen untergebrachten Asylbewerber. Im Angebot waren vermeintlich Krafttraining, Progressive Muskelentspannung, Massagen, Meditation, Aerobic oder Boxen. Für die Bewohner des Henriette-Fürth-Hauses in der Innenstadt und der Awo-Unterkunft im Stadtteil Niederrad organisierte der Kreisverband ein breitgefächertes Programm an Fitness- und Entspannungsangeboten. Zumindest auf dem Papier.

Recherchen unserer Zeitung wecken erhebliche Zweifel daran, ob dieses von der Stadt Frankfurt finanzierte Angebot tatsächlich so stattgefunden hat, wie es die Awo behauptet. Es könnte sich, so der Verdacht, um ein Awo-internes Scheingeschäft handeln, das dazu diente, Steuergeld aus der Flüchtlingshilfe in andere Bereiche des SPD-nahen Sozialverbands zu lenken. Es geht um 201 461 Euro.

Der Awo-Kreisverband Frankfurt weist diese Vorwürfe zurück. Doch interne Unterlagen, die uns vorliegen, bringen die Geschäftsführung nun in Erklärungsnot.

„Goldgräberstimmung“

Im Juli 2014 eröffnete die Awo Frankfurt ihre erste Asylbewerber-Unterkunft. Ein ehemaliges Schwesternwohnheim am Poloplatz in Niederrad wurde zum Flüchtlingsheim umfunktioniert. Zunächst gab es dort 28 Plätze. Doch mit der Flüchtlings- und Migrantenwelle ab Sommer 2015 stieg der Bedarf sprunghaft an. Die Stadt musste Flüchtlinge schnell unterbringen und war dankbar dafür, dass sich Sozialträger wie die Awo dieser Aufgabe annahmen. „Es herrschte Goldgräberstimmung bei den Sozialträgern“, erinnert sich jemand, der die Branche gut kennt, an diese Zeit.

Die Awo Frankfurt stellte in Niederrad Wohncontainer auf, später wurden dort auch noch Asylbewerber in einem Altenpflegeheim einquartiert. Insgesamt 211 Plätze entstanden am Poloplatz. Noch größer wurde die zweite Awo-Flüchtlingsunterkunft, eine angemietete Ge-

werbeimmobilie in der Nähe des Hauptbahnhofs. Die Awo taufte sie Henriette-Fürth-Haus und schuf darin 380 Heimplätze. Das Geld dafür kam von der Stadt.

Doch offenbar kam es zu Problemen. Denn zum Jahreswechsel 2018/2019 gab die Arbeiterwohlfahrt ihre beiden Flüchtlingsheime in Frankfurt auf. Sie werden seitdem von der Diakonie und der Caritas betrieben. „Der Rückzug aus dem Geschäftsbereich der Arbeit mit Geflüchteten erfolgte auf Grundlage eines Beschlusses des Kreisvorstandes und im Einvernehmen mit der Stadt“, erklärte ein Sprecher des Kreisverbands. „Ein Zerwürfnis mit der Stadt liegt nicht vor.“

Doch wie unsere Zeitung bereits Anfang März berichtete, gab es vor diesem Beschluss erhebliche Unstimmigkeiten zwischen dem Awo-Kreisverband und dem städtischen Sozialdezernat. Es ging um Auftragsvergaben an einen Essenslieferanten und die eigens gegründete Sicherheitsfirma Awo Protect.

Nun werden weitere Details bekannt, die eine Erklärung für das plötzliche Ende eines eigentlich lukrativen Geschäfts liefern könnten.

In zwei internen Verträgen hat die Awo „das Angebot physiotherapeutischer Betreuung und Sportangebote für Geflüchtete“ geregelt. Einer dieser Verträge, die „Kooperationsvereinbarung“ zwischen dem Awo-Kreisverband und der zur Awo gehörenden Johanna-Kirchner-Stiftung für die Unterkunft in Niederrad, liegt unserer Zeitung vor. Er liest sich wie das Programm eines professionellen Gesundheits- und Fitnessstudios. „Rückenschule, Heben- und Tragen etc. in Gruppen- oder Einzelmaßnahmen“ steht da etwa unter „Gymnastikangebote“. Zu den „Entspannungsmaßnahmen“ zählen Ernährungsberatung und Autogenes Training. Bei den Sportangeboten werden etwa Schwimmen, Tischtennis, Tanz, Zirkeltraining und Selbstverteidigung aufgelistet.

Entlarvendes Protokoll

Für dieses „Gesundheitspaket“ sollte der Awo-Kreisverband 7000 Euro im Monat an die Kirchner-Stiftung zahlen. Diese Summe ließ sich die Awo von der Stadt für Sportangebote und Physiotherapie in dem Flüchtlingsheim erstatten. Für beide Unterkünfte zusammen flossen laut Sozialdezernat insgesamt 201.461,60 Euro. Der Awo-Sprecher betonte: Das Geld wurde „vollumfänglich für die Umsetzung der Sportangebote verwandt und an



In diesem Haus in Frankfurt betrieb die Arbeiterwohlfahrt (Awo) eine Flüchtlingsunterkunft. Nach Ärger zwischen Awo und der Stadt gab es zum Jahreswechsel einen Betreiberwechsel, und die Awo ist nicht mehr zuständig. Unser Foto stammt vom Juni 2017. Archivfoto: Faust

das Therapeutikum der Johanna-Kirchner-Stiftung gezahlt.“ Das Team für beide Einrichtungen habe aus insgesamt vier Mitarbeitern bestanden, darunter Physiotherapeuten, Fitnesstrainer und Gymnastiklehrer.

Doch eine Frankfurterin, die bis Ende 2018 in der Awo-Einrichtung am Poloplatz ehrenamtlich tätig war, sagte unserer Zeitung: „Um Sportangebote haben wir Freiwillige uns gekümmert. Wir haben zum Beispiel Fußball mit den Asylbewerbern gespielt, aber von einem professionell organisierten Sportprogramm oder einem physiotherapeutischen Angebot für Flüchtlinge habe ich in all der Zeit nichts mitbekommen. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass es dort so etwas gab.“ Diese Aussage will die Awo nicht stehen lassen. „Wir weisen diese als haltlos zurück. Die Behauptung, dass es in den beiden Einrichtungen keine organisierten Sportprogramme gegeben haben soll, ist schlichtweg falsch.“

Doch es gibt weitere Hinweise darauf, dass die angeblichen Sportangebote nicht in dem Umfang stattgefunden haben könnten, wie es gegenüber der Stadt und in den Awo-internen Verträgen dargestellt wurde. Im Protokoll einer Teambesprechung halten Awo-Mitarbeiter im Henriette-Fürth-Haus am 30. Januar 2018 fest: „Bei der Erstellung

der Übersicht ist aufgefallen, dass es nur sehr wenig interne Angebote gibt, insbesondere im Bereich Sport.“ Der für die Asylbewerber eingerichtete Fitnessraum könne „seit Sommer letzten Jahres nicht genutzt werden“. Auch Fotos des Raumes sind dem Protokoll beigelegt. Sie zeigen nicht benutzbare Geräte und ein Schild an der Tür: „Fitnessraum aus hygienischen Gründen geschlossen.“ Die Stadt erfuhr davon laut Sozialdezernat erst zufällig: „am Rande eines Orts-termins gegen Ende des Jahres 2017“. Der Awo-Sprecher behauptete nun, dass während der Schließung ein „funktionelles Training“ als Alternative zum Krafttraining angeboten worden sei. Überprüfen lässt sich das kaum.

Misstrauisch stimmt auch ein weiteres Dokument: der sogenannte Monitoring-Bericht, indem quartalsweise alle tatsächlich geleisteten Angebote aufgelistet werden mussten. Das Formular war von der Stabstelle Flüchtlingsmanagement vorgegeben. Doch zumindest für das vierte Quartal 2017 existieren zwei unterschiedlich ausgefüllte Versionen.

In der offiziellen Version, die an die Stadt ging, sind 22 Angebote

der Therapeutikum-Abteilung der Kirchner-Stiftung aufgelistet, an denen regelmäßig bis zu 50 Bewohner des Henriette-Fürth-Hauses teilgenommen haben sollen, teilweise sogar mehrmals die Woche. Doch wie passt das zu der Klage über fehlende Sportangebote im Mitarbeiterprotokoll?

Die Antwort liegt womöglich in einer anderen, internen Version dieser Liste vor. Sämtliche 22 Einträge des Therapeutikums fehlen darin. Als Fitnessangebote der Awo werden darin lediglich drei Einträge aufgelistet: „Sport für Männer“, „Sport für Frauen“ und „Physiotherapie“ – mit jeweils 15, 7 und 4 Teilnehmern.

Es ist die Liste, die vor Ort von Awo-Mitarbeitern ausgefüllt wurde und dann an die Geschäftsstelle ging. Dort wurde schließlich die zweite Version erstellt und an die Stadt geschickt.

Der Sprecher des Awo-Kreisverbands erklärte dazu: „Alle Angebote fanden, wie auch der Stadt gegenüber nachgewiesen, statt. Das diesbezügliche Monitoring (gemeint ist die Überprüfung) für die Einrichtungen der Flüchtlingshilfe wurde zentral durchgeführt, um den Erfordernissen des Datenschutzes und der Homogenität gerecht zu werden.“



So trostlos sah es laut internen Fotos der Arbeiterwohlfahrt in dem Fitnessraum des Flüchtlingsheims aus. Fotos: privat

„Hutbürger“ fordert Entschädigung

Dresden. Der als Dresdner „Hutbürger“ bekannt gewordene Ex-Mitarbeiter des sächsischen Landeskriminalamtes fordert eine Entschädigung vom ZDF. Dabei gehe es um eine Medienrechts- und Persönlichkeitsverletzung, bestätigte sein Anwalt – der sächsische AfD-Vize Maximilian Krahe. Eine Klage ging laut Krahe an das Landgericht Dresden. Die Entschädigung solle demnach 20 000 Euro nicht unterschreiten. Der Mann mit Anglerhut in Deutschlandfarben hatte im August 2018 am Rande einer Pegida-Demonstration beim Besuch von Bundeskanzlerin Merkel lautstark gegen Fernsehaufnahmen des ZDF protestiert. Dieses hatte über ihn berichtet, weil er für das Landeskriminalamt arbeite. *dpa*

Messerverbote und Kampf gegen kriminelle Clans

Frühjahrskonferenz Innenminister der Länder und des Bundes einigen sich über viele Themen

Kiel. Mehr Geld für Einbruchschutz und eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung krimineller Clans: Darauf konnten sich die Innenminister der Länder und des Bundes bei ihrer Frühjahrskonferenz in Kiel verständigen. Strittig bleibt dagegen alles, was mit Asyl und Abschiebungen zu tun hat. Die wichtigsten Entscheidungen im Überblick: **■ Clan-Kriminalität:** Die Innenminister drohen kriminellen Clan-Mitgliedern mit dem Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft. Allerdings nur, wenn sie noch eine zweite Staatsbürgerschaft haben. Die Bundesregierung soll prüfen, ob und wie eine Reform aussehen

könnte. Dem Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, reichen die Pläne nicht aus. Er fordert eine vollständige Beweislastumkehr, was den Nachweis von erworbenem Vermögen angeht. **■ Sicherheit bei Fußballspielen:** Um Krawalle bei Fußballspielen zu vermeiden, will die Politik die Vereine künftig stärker in die Pflicht nehmen. „Da darf man von den Vereinen schon mehr erwarten“, sagte Seehofer. Sie sollen vor allem dafür sorgen, dass Pyrotechnik und bekannte Gewalttäter nicht in die Stadien gelangen. „Zur Vermeidung von sicherheitsgefährdenden Kräfteengpässen“ bei der Polizei soll der 1. Mai ab 2021 spielfrei

sein. Fällt er auf einen Karfreitag, Samstag, Sonntag oder Montag sollen auch diese Tage spielfrei sein. Die Mehrheit der Innenminister lehnt eine Beteiligung der Clubs an den Polizeikosten aber ab – auch mit dem Argument, dass Clubs dann Einfluss auf die Einsatzpläne fordern könnten und weil sie ohnehin Steuern zahlen. **■ Einbruchschutz:** Haus- und Wohnungsbesitzer sollen künftig auch bei Neubauten Geld für Einbruchschutz erhalten. Die staatliche Bank KfW soll dafür Zuschüsse erteilen. Die gibt es bislang nur für nachträgliche Einbauten in alten Gebäuden. „Sehr viele Täter scheuen bauliche Widerstände“, sagte Seehofer.

■ Kinderpornografie: Verbreitung, Erwerb und Besitz von Kinderpornografie sollen künftig härter bestraft werden. Die Höchststrafe für die Verbreitung solcher Bilder und Videos soll von derzeit fünf auf dann zehn Jahre steigen. Wer sich kinderpornografisches Material beschafft, soll mit einer Strafe von maximal fünf statt bislang drei Jahren rechnen müssen. **■ Messerangriffe:** Die Länder sollen leichter als bislang Zonen festlegen können, in denen das Tragen von Messern und anderer Waffen verboten ist – zum Beispiel vor Schulen, Bahnhöfen und in Fußgängerzonen. Die Idee eines generellen Verbots in Fußgängerzonen

lehnt die Mehrheit der Innenminister dagegen ab, weil dort ja auch Messer verkauft werden. **■ Abschiebungen:** Die Zahl der Bundespolizisten, die Abschiebungen auf dem Luftweg begleiten können, soll von derzeit 1300 auf 2000 Beamte erhöht werden. Das hat Seehofer zugesagt. Die Innenminister halten an der bereits Ende 2018 beschlossenen Verlängerung des Abschiebestopps für Syrer bis zum Jahresende fest. Bis zum Herbst soll das Auswärtige Amt dann eine neue Lageanalyse für das Land vorlegen. Bei Rückführungen nach Afghanistan kommen die Länder nicht auf einen gemeinsamen Nenner. *dpa*

JUGENDFREI

Das ganze Leben

Was ist Leben? In erster Linie Ringen um die eigene Existenz. Nicht die Illusion eines reibungslosen Daseins. Der moderne Schreibtisch ist vielfach ein Abbild des Menschen in unserer Zeit. Eine Glasplatte, die von schlanken verchromten Beinen getragen wird. Sonst nichts. Alles hat klar, sauber und durchschaubar zu sein – wie der zeitgemäße Manager. Effizient, transparent. Nach diesem Muster leben auch mein Bekannter Helge und seine Frau Anna. Oder meinen es zu tun. Helge, Studium der Betriebswirtschaft, Auslandssemester. Abschluss mit einem „Master of Business Administration“, Ehe mit einer Mikrobiologin, dann konnten beider Karriere durchstarten. Helge begann seinen Aufstieg bei einem Wirtschaftsverband. „Unsere Freizeit nutzen wir für Fernsehen



Die Kolumne von Rafael Seligmann

und Sport. Unsere Ersparnisse stecken wir in eine Eigentumswohnung. Das ist die beste Zukunftsinvestition.“ Für Kinder und Tiere bleibt da keine Zeit. „Gallopiert man bei einer ausschließlichen Karriereplanung nicht über die mögliche Vielfalt des eigenen Lebens hinweg?“, fragte ich unglücklich Helge, während wir im Garten eines Restaurants saßen. Der Manager lachte und zeigte dabei sein reguliertes und gebleichtes Gebiss. Just in diesem Augenblick spürte ich eine streifende Berührung.

Mein Blick wanderte zu dem soeben noch leeren Stuhl neben mir, auf den ein Spatz fiel. Der kleine Vogel war offenbar gegen ein Fenster geflogen und abgestürzt. Binnen wenigen Sekunden starb das Tierchen. Ich erläuterte meinem Gegenüber das Geschehen. „Du kannst ihn sehen“, sagte ich. „Nein!“, kreischte der sich soeben noch kontrolliert gebende Manager. „Tote Vögel bringen Unglück!“ Er sprang auf und rannte davon. Die Welt ist nicht steril. Leben und Tod, Menschen und Tiere gehören dazu. Das wurde mir einige Tage später erneut deutlich. Da wanderte ich mit meinem Cousin Donald, begleitet von meinem Hund Schomer, übers Land. Abseits des Weges lag ein von einem hohen Zaun umgebenes Haus. Donald, ich und der Hund entdeckten gleichzeitig einen Vogel, dessen Kopf im Hofort steckte. Das Tier

versuchte krampfhaft, sich aus der Falle zu lösen. Wir läuteten – vergeblich. Da das Tor verschlossen blieb, versuchten wir mit Händen und Ästen, den Vogel zu befreien. Vergeblich. Das Tier war in Todesangst, flatterte und kratzte wild. Wir überlegten, was zu tun sei. Ich besah mir die „Falle“ genauer. Der Vogel steckte zwischen Plastikabdeckungen, sein Gefieder wirkte wie ein Widerhaken. So bog ich die Kunststoffteile auseinander. Im Nu strampelte sich der Vogel frei und fiel zu Boden, wo er benommen liegen blieb. Schomer sprang hinzu. Er wollte die „Beute“ erlegen. Doch da war Donald vor. Er fing den Hund ein. Der Vogel berappelte sich und flog davon. Eine gute Geschichte. Wir hatten nicht vor den Widrigkeiten kapituliert und so ein Geschöpf gerettet. Auch verwöhnte Junge sollten das ganze Leben kennenlernen.

Christchurch: Angeklagter plädiert auf nicht schuldig

Christchurch. Drei Monate nach dem tödlichen Anschlag auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch hat der mutmaßliche Täter vor Gericht auf nicht schuldig plädiert. Der per Videokonferenz aus einem Hochsicherheitsgefängnis zugeschaltete Australier Brenton Tarrant lächelte, als sein Anwalt am Freitag vor dem Obersten Gerichtshof in Christchurch alle Anklagepunkte zurückwies. Der 28-jährige Rechtsextremist ist wegen Mordes in 51 Fällen, 40-fachen versuchten Mordes und Terrorismus angeklagt. Er sitzt in einem Hochsicherheitsgefängnis in Auckland ein. *afp*

Banges Warten für Assange

London. Ein Gericht in London hat das Verfahren über den US-Auslieferungsantrag für den Wikileaks-Gründer Julian Assange auf Februar nächsten Jahres angesetzt. Die fünf-tägige Anhörung solle am 25. Februar beginnen, berichtete die britische Nachrichtenagentur PA aus dem Gerichtssaal. Assange, der per Videostream aus dem Gefängnis zugeschaltet war, will sich gegen die Auslieferung wehren. Die Entscheidung dazu liegt bei dem Gericht. *dpa*

Burkini-Verbot aufgehoben

Koblenz. Das rheinland-pfälzische Oberverwaltungsgericht hat das Koblenzer Burkini-Verbot für städtische Schwimmbäder vorläufig gekippt. Das Verbot des Ganzkörper-Badeanzugs für Frauen in der Badeordnung verstöße gegen das verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgebot, entschied das Gericht in einem Eilverfahren. Damit dürfe die Klägerin ab sofort wieder im Burkini ins Wasser der städtischen Schwimmbäder steigen, teilte das Oberverwaltungsgericht mit. *dpa*

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung:
 Dr. Max Rempel und Daniel Schöningh
Chefredaktion:
 Dr. Max Rempel, Matthias Thiem
Chef vom Dienst:
 Peter Schmitt
Leiter Newsdesk:
 Sven Weidlich
Die verantwortlichen Redakteure:
 Politik und Wirtschaft: Dr. Dieter Sattler; Die letzte Seite: Pia Rolfs; Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnock; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Kerstin Schellhans.
Redaktion und Verlag:
 Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankental 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummer: (0 69) 75 01-0; Fax: (0 69) 75 01-42 92; E-Mail: redaktion@fmp.de; internet: www.fmp.de
Anzeigen:
 Dr. Thomas Baumann, Achim Prüfer; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 2002 21, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummer (0 69) 75 01-33 36, Telefax: (0 69) 75 01-41 05. Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreislise Nr. 24, gültig vom 1. Januar 2019 an; E-Mail-Adresse: service@rmm.de; im Internet unter: http://www.rmm.de.
Vertrieb:
 Monatsbezugspreis: 46,95 Euro (einschließlich Zusteller- und Postgebühren 7% MwSt.); E-Paper/App 30,45 Euro (incl. 19% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnementdaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die MedienService GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben. Siehe auch www.fmp.de/abco.
Bankverbindungen:
 Deutsche Bank, IBAN: DE63 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDE33; Commerzbank, IBAN: DE34 5008 0000 0290 0075 00, BIC: COMDE333; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HELADEF1822; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE25 0019 0000 0001 0019 54, BIC: FVDE33XXX; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDE33.
 Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

JUBILÄUM! 50 JAHRE ●●●●●

POLSTERWERKSTATT

Inh.: Werner Sappik sen.



30.000

Stoffe + Leder zur Auswahl

4 x in Hessen

SONDERAKTION

Bei Neubeziehungen Ihrer Polstermöbel: auf alle Polsterarbeiten

10% RABATT

Unverbindliche Beratung

Eigene Produktion
Neue Polstermöbel

Filialen: **Kriftel:** Goethestr. 2 • **Steinbach:** Bahnstr. 11 • **Wiesbaden:** Wilhelmstr. 10 • **Hattersheim:** Egerstraße 1

TELEFON 061 90.72828